Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: durch unsere Boten und die Post monatlich 360 Mark. Bestellungen nehmen die Austräger und die Ausgabestellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 58. Telegramme: Tageblatt Auerserzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 40.00 Mark, auswärtige Anzeigen 50.00 Mark, Reklame-Petitzeile 150.00 Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt.

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1400

Nr. 288 — Dienstag, den 12. Dezember 1922 — 17. Jahrgang

Die Krisis in London.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Ueber die Hoffnungen, mit denen man der Londoner Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten mehr noch als allen bisherigen internationalen Besprechungen über politische und wirtschaftliche Fragen entgegen gesehen hat, ist der erste rauhe Dezembersturm hinweggebraust, und es ist kein Wunder, wenn das Barometer auf einen tiefen Stand gesunken ist. Nicht so sehr der Umstand, daß auch diese Konferenz mit Gegensätzlichkeiten begonnen hat, ist daran schuld, sondern die Schärfe der sofort zutage getretenen Gegensätze, die Verbissenheit, mit der auf ihnen beharrt wird und die außerordentliche Gefahr, die in ihnen für den Fortbestand der Konferenz und für das Schicksal Deutschlands liegt.

Mit Genugtuung hörte man bereits am Sonnabend, daß die deutsche Regierung schon in London aktiv in den Gang der Dinge eingreifen würde. Das ist nicht in Form einer offiziellen Note geschehen, sondern, wie hier bereits angedeutet wurde, inoffiziell durch ein Schreiben des Reichskanzlers Dr. Cuno an den englischen Premierminister Bonar Law, das der Reichsbankpräsident Havenstein nach London überbracht hat, und zu dessen ergänzender Erläuterung neben dem Ueberbringer auch der als Unterhändler besonders befähigte Staatssekretär Dr. Bergmann sich in London zur Verfügung halten. Ueber die Wirkung dieses deutschen Schrittes ist bisher allerdings nur negatives festzustellen. Daß der französische Ministerpräsident seinen ablehnenden Standpunkt mit aller Schärfe vertreten werde, war zu erwarten; daß er dabei von vornherein so unbedingt auf die Zustimmung seiner Kollegen rechnen konnte, blieb zum mindesten zweifelhaft, und selbst heute möchte man angesichts der Tatsache, daß der deutsche Vorschlag nur in rohen Umrissen bekannt ist und daß ebenso die englische, belgische und italienische Ablehnung lediglich als Tatsache ohne nähere Motivierung mitgeteilt wird, in dieser Frage noch nicht die letzte Hoffnung aufgeben, daß doch noch ein Kompromiß gefunden werden könnte.

Diese Ablehnung des von Deutschland Gebotenen ist daher nicht die kritische Klippe, an der die auf London gesetzten Hoffnungen zu scheitern drohen. Die ernste Gefahr für den Fortgang der Konferenz und damit für Deutschland liegt vielmehr in den Forderungen, mit denen Frankreich zur äußersten und peinlichsten Ueberraschung seiner Alliierten plötzlich in London hervorgetreten ist. Mit einer Garantieforderung Poincares für das Zugeständnis eines Moratoriums an Deutschland hatte man ohne weiteres gerechnet, und die Verbündeten wären zweifellos bereit gewesen, Frankreich die Berechtigung zur Forderung einer militärisch gestützten Sicherheit theoretisch zuzubilligen für den Fall, daß Deutschland den neu zu formulierenden Bedingungen gegenüber in Verzug bleiben werde. Gänzlich unerwartet hat nun aber der französische Ministerpräsident als Vorbedingung seines Einwilligens in ein Moratorium und eine Anleihe die sofortige Besetzung eines Teiles des Ruhrgebietes mit Bochum und Essen verlangt, und die Konferenz mußte unterbrochen werden, da dieses Verlangen auf den entschiedensten Widerstand Englands und auch auf den Widerspruch Belgiens und Italiens stieß. Von den internen Beratungen des englischen Kabinetts und von den Instruktionen der belgischen und italienischen Konferenzteilnehmer wird der Fortgang der Londoner Besprechungen abhängen. Auch im Interesse Deutschlands ist dringend zu wünschen, daß eine Weiterführung der Konferenz ermöglicht wird, weil man bei ihrem Abbruch, der einem Bruch der Entente verzweifelt nahekommen würde, sofort mit einer selbständigen Aktion Frankreichs zu rechnen hätte.

Was sich Poincare allerdings von militärischen Zwangsmaßnahmen versprechen mag, darüber wird wohl auch er eine befriedigende Antwort schuldig bleiben. Gerade angesichts des Inhaltes des deutschen Angebotes sollte man meinen, daß Frankreich in den Absichten und der Bereitschaft des Kabinetts Cuno den Weg zu einer möglichen und versprechenden Lösung sehen könnte. Der Versuch, durch eine Verbindung von innerer und äußerer Anleihe den Betrag von mehreren Milliarden zu beschaffen, der zu einem kleineren Teil für die Stabilisierung der Mark, in der Hauptsache aber für Reparationszwecke verwendet werden soll, scheint durchaus gangbar. Der französische Imperialismus aber ist offenbar mit Geld nicht mehr zufrieden zu stellen, er will militärische Erfolge und glaubt, den siegreichen Einzug in Essen und Bochum nötig zu haben, um seinen Kredit beim französischen Volke noch einmal zu stärken. In diesem Bestreben verhärtet er sich umsomehr, als er erkennen muß, daß die Hoffnungen, die man in Frankreich auf das Italien Mussolinis gesetzt hat, schwer enttäuscht werden, wenigstens so weit es sich um eine Politik des Säbels und der Bajonette handelt. Der Nationalismus des neuen italienischen Ministerpräsidenten scheint eben doch von einer anderen Färbung zu sein, als der militärische Imperialismus, auf den sich die Herrlichkeit Poincares stützt. Je isolierter sich dieser aber fühlt, umso zäher klammert er sich an die letzten Mittel, die er für die Aufrechterhaltung seiner Machtstellung noch findet.

Für Deutschland ist die Krisis der Londoner Konferenz außerordentlich Besorgnis erregend. Sie verbietet jeglichen Optimismus, der ja auch schon vor Beginn der Londoner Konferenz unangebracht war, und sie gibt sorgenvollen Befürchtungen weitesten Raum. Umso notwendiger ist es, in dieser ernsten Lage sollte es für alle politischen Kreise des deutschen Volkes ein selbstverständliches Gebot sein, die Regierung zu stützen, die es unternommen hat, durch ein aktives Eingreifen in das Getriebe der Interessen und Begierden der anderen Mächte den Standpunkt Deutschlands zu verfechten und ihn nach Möglichkeit Geltung und Anerkennung zu verschaffen. Mit Bedauern sieht man, daß gerade in dieser kritischen Zeit die Stellung des Kabinetts Cuno durch Fragen innerpolitischer Natur bedroht werden soll, wie sie beispielsweise der unvermeidlich werdende Kampf um die Neuregelung des Getreideumlagepreises herbeiführen wird. Und mit noch größerem Bedauern muß man Kenntnis nehmen von der schroffen Form, in der die deutsche Industrie Stellung nimmt zu dem — oder besser gegen den — in London unterbreiteten deutschen Vorschlag durch ein pronunciamento, das in dem Organ des Herrn Stinnes an erster Stelle in besonderer Aufmachung erscheint, und das nur geeignet ist, neue Verwirrung heraufzubeschwören und letzte Hoffnungen zu untergraben. Angesichts der bitteren Not der Stunde muß solchen Erschwernissen und solchen Kundgebungen gegenüber umso nachdrücklicher und eindringlicher aufgerufen werden zum Zusammenhalten aller verantwortungsbereiten leistungsfähigen und zu Deutschlands Rettung bereiten Kräfte.

Die Industrie zum deutschen Angebot.

Zur Havasmeldung von der Ablehnung der deutschen Wiederherstellungsvorschläge in London erklärt die Deutsche Allgemeine Zeitung, das Organ des Abgeordneten Stinnes, in einer anscheinend inspirierten Auslassung an leitender Stelle: Zum deutschen Angebot ist die Industrie nicht befragt worden. Sie ist um nichts gebeten, sie ist auch nicht informiert worden. Wir halten den nach London gerichteten Vorschlag des Kabinetts für nicht zweckmäßig und wirtschaftlich nicht für brauchbar, weil er keine Endlösung bringt. Wäre er von der Gegenseite angenommen worden, so würden die Wirtschaftskreise, auch die Industrie, dennoch versucht haben, Mittel und Wege zu finden, um aus den kommenden Verhandlungen das unerläßlich notwendige Definitivum herauszuarbeiten. Dafür hätte die Mitwirkung auch der Industrie zweifellos zur Verfügung gestanden.

England gegen Poincarés Ruhrbesetzung.

Kritische Zuspitzung der Londoner Konferenz.

„Daily Telegraph" zufolge ist die Konferenz der vier Premierminister in ein ernstes Stadium getreten. Poincare zeigt keinerlei Neigung, seinen Plan der baldigen Besetzung des Ruhrgebietes aufzugeben. Sein Standpunkt sei, daß die Politik der Besetzung des Ruhrgebietes durch eine alliierte Aktion oder sogar durch eine alleinige Aktion Frankreichs von ihm nicht aufgegeben werden könne, ehe nicht irgendeine andere Garantie von Deutschland gegeben werde. Bonar Law erklärte Poincare hierauf endgültig, daß die britische Regierung und die britische öffentliche Meinung sich dem von Poincare vorgeschlagenen Plane vollkommen widersetzen.

Vertagung der Konferenz.

Nach einem gestern abend ausgegebenen Kommuniqué ist es den alliierten Premierministern in der ihnen zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich gewesen, zu endgültigen Beschlüssen in den in Betracht kommenden bedeutsamen Fragen zu gelangen. Unter diesen Umständen ist beschlossen worden, die Unterredungen zwischen den alliierten Premierministern in Paris am 2. Januar nächsten Jahres fortzusetzen und der Vollkonferenz zu ermöglichen, unmittelbar darauf zusammenzutreten, um vor dem 15. Januar zu endgültigen Entscheidungen in den gesamten in London erörterten Fragen zu gelangen.

Die Bedrohung der Rheinlande und Räumungsfristen.

Eine Rede des Reichskanzlers.

In einer Besprechung mit den Vertretern rheinischer Zeitungen erklärte Reichskanzler Cuno zur Bedrohung der Rheinlande:

Die rheinische Presse hat die Empfindungen der rheinischen Bevölkerung wiedergegeben, die in Befürchtung kommender Gefahren als Erstes ihren Treuschwur zum Deutschen Reich und zum deutschen Volk erneuert hat. Ich habe bereits am vergangenen Sonnabend betont und will es heute nochmals tun, daß die Reichsregierung unbeirrbar bei ihrer im Reichstag abgegebenen Erklärung bleibt. Keine deutsche Regierung, mag sie aussehen, wie sie will, kann einen anderen Standpunkt einnehmen, denn die Preisgabe des Rheinlandes wär das Ende des Deutschen Reiches.

Der Reichkanzler ging dann auf die einzelnen Meldungen über die Pariser Beratungen ein und führte aus, daß es die Pflicht der Reichsregierung sei, gegenüber derartigen Meldungen Entschlossenheit und Ruhe zu bewahren, und auch dem Rheinland und dem Ruhrgebiet könne er nur den dringenden Rat geben, sich nicht nervös machen zu lassen, zumal die Stellungnahme der Reichsregierung zu diesen Dingen unzweifelhaft und unzweideutig ist. Im Augenblick des Zusammenbruchs habe sich Deutschland blutenden Herzens im Osten und Westen zur Abtretung von Gebieten verpflichten müssen. Damit aber sei das Maß voll. Nochmals komme kein Augenblick, an dem Deutschland bereit wäre, sich wiederum und von neuem verstümmeln zu lassen.

Für uns gilt, daß alles, was geschehen muß und geschehen kann, im Hinblick auf das große Ziel geschieht, das jedem Deutschen vor allem sicherlich am Herzen liegt:

die Befreiung der Rheinlande!

Reichskanzler Cuno wies die Auslegung des Versailler Diktats zurück, daß die für die Besetzung der Rheinlande vorgesehene Frist von 15 Jahren wegen mangelnder Erfüllung noch nicht zu laufen begonnen habe, und begründete seinen Standpunkt mit den Bestimmungen des Artikels 440. Der Reichskanzler erklärte:

Hiernach haben die Fristen für die Besetzung am 10. Januar 1920 begonnen. Deutschland hat demnach einen vertraglich verbürgten Rechtsanspruch darauf, daß mit Ablauf des 9. Januar 1925 der Brückenkopf von Köln und die übrigen im Artikel 429 genannten Gebiete geräumt werden. Mit Ablauf des 9. Januar 1930 müssen der Brückenkopf von Koblenz und die übrigen im Versailler Vertrag genau bezeichneten Gebiete geräumt sein und mit dem Ablauf des 9. Januar 1935 muß der letzte Soldat der alliierten und assoziierten Mächte das besetzte Gebiet verlassen haben!

Die Genugtuung zu den Vorfällen in Stettin, Passau und Ingolstadt.

In ihrer Note an die Botschafterkonferenz der Entente sagt die deutsche Regierung u. A.:

Die Deutsche Regierung hat nicht gezögert, von vornherein anzuerkennen, daß den Offizieren ein Unrecht geschehen ist und daß ihren Regierungen ein Anspruch auf Genugtuung zusteht. Sie hat der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin in zwei amtlichen Schreiben ihre schärfste Mißbilligung und ihr lebhaftes Bedauern über die drei Vorkommnisse ausgesprochen. Außerdem sind deutscherseits folgende Maßnahmen getroffen worden:

1. Im Fall Stettin hat der Polizeipräsident dem Vorsitzenden des Interalliierten Distriktkomitees daselbst mündlich und schriftlich seine Entschuldigungen ausgesprochen. Ferner ist der verantwortliche Beamte des Polizeipräsidiums in Stettin aus seiner Stellung entfernt worden; er wird vorläufig keine anderweitige dienstliche Verwendung finden. Die an dem Vorfall beteiligten Polizeibeamten sind disziplinarisch bestraft, die beide bei der Kontrollhandlung anwesenden Verbindungsoffiziere ihrer Stellung enthoben worden.

2. Im Fall Passau ist der diensttuende Bataillonsführer seiner Stellung enthoben worden. Ferner hat der Bürgermeister von Passau, der zugleich Polizeichef ist, der Interalliierten Distriktskommission in München mündlich und schriftlich seine Entschuldigungen ausgesprochen. Gegen die Demonstranten ist ein Strafverfahren eingeleitet, das unnachsichtlich und mit größter Beschleunigung durchgeführt werden wird.

3. Im Fall Ingolstadt hat der Leiter der Munitionsanstalt seinen Abschied genommen. Gegen die Demonstranten ist ein Strafverfahren eingeleitet worden. Der Bürgermeister von Ingolstadt, der zugleich das höchste für die Ordnung verantwortliche Polizeiorgan ist, hat der zuständigen Interalliierten Kommission mündlich und schriftlich seine Entschuldigungen ausgesprochen.

Die Deutsche Regierung ist der Ansicht, daß die hiermit geleistete Genugtuung, vorbehaltlich einer angemessenen Vergütung für den geringen Schaden, eine dem internationalen Herkommen entsprechende, ausreichende Sühne darstellt.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

Der Reichstag erledigte in seiner Montagsitzung eine Reihe von Gesetzesvorlagen ohne besondere Debatte, dann bei den Nachtragsetats für die Haushalte des Reichswirtschaftsministeriums und des Reichsschatzministeriums